

Wiederaufbau und Expansion bedingen Verschuldung der Gemeinden

Die inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Bundesgebiet¹ erreichte am Ende des Jahres 1960 einen Stand von rund 13,5 Mrd. DM oder 270 DM je Einwohner. Davon entfallen auf die Gemeinden (GV²) von Baden-Württemberg 2,1 Mrd. DM; das ist ein Anteil von 15,6 vH, der etwa auch dem Bevölkerungsanteil des Landes entspricht (15,4 vH). Somit liegt die *kommunale Verschuldungsquote je Einwohner* des Landes mit 275 DM auch nur wenig über dem Bundesdurchschnitt. Bei einem Vergleich mit den einzelnen Bundesländern steht Baden-Württemberg der absoluten Höhe nach hinter Nordrhein-Westfalen (4,2 Mrd. DM) und Bayern (2,3 Mrd. DM) an dritter Stelle, bei der Berechnung je Einwohner jedoch nach Hessen (352 DM) an zweiter Stelle. Am 31. März 1953 hatte Baden-Württemberg mit einer Kopfquote von 80 DM an der Spitze aller Bundesländer und um 25 DM je Einwohner über dem Bundesdurchschnitt (55 DM) gelegen.

Die kommunale Inlandverschuldung in den Bundesländern

Land	Gesamtverschuldung ¹⁾						
	31. 3. 1953		31. 12. 1960		Zunahme		
	Mill. DM	je Einw. DM	Mill. DM	je Einw. DM	Mill. DM	vH	je Einw. DM
Baden-Württemberg	532,1	80	2 101,8	275	1 569,7	295	195
Bayern	452,6	49	2 322,2	246	1 869,6	413	197
Hessen	277,1	63	1 666,1	352	1 389,0	501	289
Niedersachsen	242,6	36	1 710,5	261	1 467,9	605	225
Nordrhein-Westfalen	725,1	53	4 174,9	265	3 449,8	476	212
Rheinland-Pfalz	148,4	47	870,0	256	721,6	486	209
Schleswig-Holstein	153,9	63	620,0	270	466,1	303	207
Insgesamt	2 531,9	55	13 465,6	270	10 933,7	432	215

¹⁾ Ohne Auslandschulden; sie betragen am 31. Dezember 1960 im Bundesgebiet 81,3 Mill. DM, in Baden-Württemberg 16,3 Mill. DM.

Betrachtet man jedoch die prozentuale Zunahme der Schulden vom Rechnungsjahr 1952 bis 1960, dann zeigt sich, daß im Bundesgebiet eine *Steigerung* um mehr als das Vierfache, in Baden-Württemberg dagegen nur um knapp das Dreifache zu verzeichnen ist. Dabei hat Baden-Württemberg die relativ geringste Zuwachsrate von allen Bundesländern.

Schuldentilgung macht Fortschritte

Von den in Baden-Württemberg am Ende des Rechnungsjahres 1952 vorhandenen 3448 kommunalen Gebietskörperschaften hatten insgesamt 2269 Gemeinden (GV) = 65,8 vH Schulden. Bis zum 31. Dezember 1960 stieg die Zahl der verschuldeten Gemeinden (GV) auf 3257; das ist eine prozentuale Zunahme von 43,5 vH. Schuldenfrei waren demnach nur noch 187 Gemeinden, von denen 175 in die Größenklasse „weniger als 1000 Einwohner“ fallen, während 9 Gemeinden Einwohnerzahlen zwischen 1000 und 2000 und 3 Gemeinden solche zwischen 2000 und 3000 Einwohner hatten. Von den 63 Landkreisen war nur noch der Kreis Wolfach schuldenfrei.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Baden-Württemberg sind seit 1952 stark gewachsen.

¹⁾ Ohne Hansestädte und Saarland. — ²⁾ GV = Gemeindeverbände.

Die Entwicklung der kommunalen Schulden in Baden-Württemberg von 1952 bis 1960

Rechnungsjahr	Schulden		Jährliche Zunahme		Steigerung 1952=100
	Mill. DM	je Einw. DM	Mill. DM	vH	
1952	532,1	80	-	-	100
1953	684,8	101	152,7	28,7	128,7
1954	885,3	128	200,5	29,3	166,4
1955	1 165,2	165	279,9	31,6	219,0
1956	1 408,9	198	243,7	20,9	264,8
1957	1 725,6	238	316,7	22,5	324,3
1958	1 885,5	256	159,9	9,3	354,4
1959	2 024,7	270	139,2	7,4	380,5
1960 ¹⁾	2 101,8	275	77,1	3,8	395,0

¹⁾ Umfaßt nur den Zeitraum vom 1. April 1960 bis 31. Dezember 1960.

Bis zum Ende des Rechnungsjahres 1957 hat sich der Schuldenstand um mehr als das Zweifache erhöht, wobei allerdings die jährlichen Zuwachsraten unterschiedlich waren. Sie werden im allgemeinen weitgehend beeinflußt einmal von der Höhe der zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel, insbesondere der Steuereinnahmen, sodann von der Liquidität des Kapitalmarktes. Auf diese Weise erklärt sich auch der Rückgang der Schuldenzuwachsrate im Rechnungsjahr 1956, in dem die Lage auf dem Kapitalmarkt durch die Kreditrestriktionen der Bank deutscher Länder sehr angespannt war und die Gemeinden infolgedessen nur zu erschwerten Zinsbedingungen Kredite in Anspruch nehmen konnten. Im Rechnungsjahr 1957 lockerte sich die Lage auf dem Kapitalmarkt wieder, so daß im Laufe dieses Jahres die höchste Schuldenzuwachsrate von 316,7 Mill. DM erreicht wurde. Vom Rechnungsjahr 1958 ab trat in der Entwicklung des Schuldenstandes ein entscheidender Wandel ein. In diesem Jahr fällt die jährliche Zuwachsrate auf 159,9 Mill. DM und im nächsten Jahr auf 139,2 Mill. DM ab. Auch bei Berücksichtigung des verkürzten Zeitraumes von 9 Monaten für das Jahr 1960 – vom 1. April bis 31. Dezember 1960 – ist bei einem Zuwachs von 77,1 Mill. DM eine weitere Abschwächung der Schuldenzunahme festzustellen. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, ist diese Entwicklung dadurch begründet, daß die Bruttoschuldaufnahmen zurückgegangen sind und die Tilgungsleistungen sich stärker erhöht

haben. Die zunehmenden Tilgungen sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Gemeinden (GV) bestrebt waren, die in den früheren Jahren, insbesondere im Rechnungsjahr 1956 aufgenommenen „teueren“ Darlehen möglichst schnell zurückzuzahlen, um auf diese Weise die hohe Zinslast abzubauen. Dies war besonders bei den Stadtkreisen der Fall; denn hier zeigte sich, daß erstmals bei diesen Gebietskörperschaften in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1960 die Tilgungsleistungen mit 36,2 Mill. DM höher waren als die Neuschuldaufnahmen mit 23,9 Mill. DM. Dadurch ist bei den Stadtkreisen am 31. Dezember 1960 gegenüber dem 31. März 1960 ein effektiver Rückgang im Gesamtschuldenstand um 12,3 Mill. DM zu verzeichnen. Beteiligt an diesem Rückgang waren vor allem die Städte Mannheim (-7,5 Mill. DM), Ulm (-3,7 Mill. DM), Pforzheim (-3,1 Mill. DM), Freiburg (-1,8 Mill. DM) und Heidelberg (-1,1 Mill. DM). Nur Stuttgart und Baden-Baden hatten höhere Schuldaufnahmen als Tilgungsleistungen.

Schuldaufnahmen und Tilgungsleistungen von 1952 bis 1960 in Mill. DM

Rechnungsjahr	Bruttoschuldaufnahme	Tilgung	Nettozunahme	Schuldenstand am Ende des Rechnungsjahres
1952	-	-	179,6	532,1
1953	201,9	49,2	152,7	684,8
1954	260,5	60,0	200,5	885,3
1955	357,6	77,7	279,9	1 165,2
1956	314,3	70,6	243,7	1 408,9
1957	406,3	89,6	316,7	1 725,6
1958	308,6	148,7	159,9	1 885,5
1959	294,2	155,0	139,2	2 024,7
1960 ¹⁾	184,4	107,3	77,1	2 101,8

¹⁾ Umfaßt nur den Zeitraum vom 1. April 1960 bis 31. Dezember 1960.

Wie sich die Verschuldung bei den einzelnen Gemeindegruppen und Größenklassen entwickelt hat, zeigt die nachstehende Übersicht.

Gesamtverschuldung nach Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaft Größenklasse	Schuldenstand		Zunahme		Schuldenstand	
	31. 3. 1953	31. 12. 1960	Mill. DM	vH	31. 3. 1953	31. 12. 1960
	Mill. DM				je Einw. DM	
Stadtkreise	248,2	844,1	595,9	240	166	484
Kreisangehörige Ge- meinden mit 10 000 und mehr Einw. ¹⁾ ..	106,8	461,8	355,0	332	82	292
mit weniger als 10 000 Einw. ¹⁾	143,1	675,8	532,7	372	37	156
Landkreise	33,9	116,4	82,5	243	7	20
Insgesamt²⁾	532,1	2 101,8	1 569,7	295	80	275

¹⁾ Größenklassenzuteilung der Gemeinden nach dem Bevölkerungsstand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände.

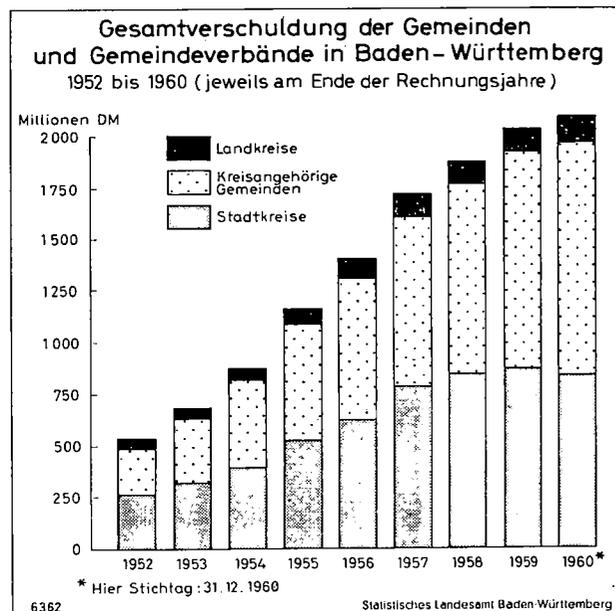
Am stärksten ist danach die Schuldenlast bei den Stadtkreisen; sie hat sich im Zeitraum von 1952 bis 1960 um fast das Zweieinhalbfache erhöht. Je Einwohner berechnet ist die Verschuldung 1960 um 318 DM höher als 1952. Von den 9 Stadtkreisen hat im Jahre 1960 Heidelberg mit 653 DM je Einwohner die höchste und Mannheim mit 314 DM die geringste Verschuldung.

Der hohe Kreditbedarf der Stadtkreise ist auf die *umfangreiche Investitionstätigkeit* zurückzuführen, zu der sie durch die starken Kriegszerstörungen, den Bevölkerungszuwachs, die besondere Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie die notwendige Erweiterung der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe gezwungen sind. Innerhalb der kreisangehörigen Gemeinden nimmt der Schuldenstand je Einwohner im allgemeinen mit wachsender Größe zu.

Wer gibt die Kredite?

Die bedeutendste Kreditquelle der Gemeinden (GV) ist der *Kapitalmarkt*. Von ihm stammen nach dem Stand vom 31. Dezember 1960 rund 1,6 Mrd. DM, das sind 76,8 vH der gesamten Neuschulden³. Dieses Übergewicht der Kreditmarktmittel ist auch in sämtlichen zurückliegenden Jahren festzustellen. Die wichtigsten *Geldgeber* sind hier vor allem die Sparkassen, Girozentralen, die Landeskreditanstalten und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungen und Bausparkassen. Die große Bedeutung dieser Darlehen geht auch daraus hervor, daß von dem gesamten Schuldenzuwachs von 1952 bis 1960 in Höhe von 1572,2 Mill. DM allein 1195,3 Mill. DM = 76,0 vH aus Kreditmarktmitteln stammen.

³ Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene und am Stichtag noch bestehende Schulden, ohne Kassenkredite (10 Mill. DM).



Die Schulden aus *öffentlichen Sondermitteln* sind in der Hauptsache Darlehen aus ERP-Mitteln, aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und sonstiger Sozialversicherungsträger. Sie betragen am 31. Dezember 1960 203,0 Mill. DM und machen 9,7 vH der gesamten Neuschulden aus. Gegenüber dem Rechnungsjahr 1952, in dem der Anteil an den Neuschulden 6,8 vH betrug, ist eine Steigerung von 167,8 Mill. DM eingetreten. Schuldner der Darlehen aus öffentlichen Sondermitteln sind vorwiegend die Stadtkreise, die im Jahr 1960 allein mit 60,7 vH daran beteiligt sind.

Die *Schulden, die die Gemeinden (GV) bei Gebietskörperschaften, also beim Bund, Land oder bei Gemeinden oder Landkreisen untereinander* aufgenommen haben, betragen am 31. Dezember 1960 282,1 Mill. DM; das ist ein Anteil an den gesamten Neuschulden von 13,5 vH. Die Zunahme gegenüber dem Rechnungsjahr 1952, in dem der Anteil annähernd gleich war (14,2 vH), belief sich auf 209,1 Mill. DM. Ein besonderes Gewicht haben hier die *Wohnbaukredite*, die vom Bund und Land stammen und den Gemeinden auf dem Wege über die beiden Landeskreditanstalten für Zwecke des sozialen Wohnungsbaues zufließen. Auch die Darlehen, die überwiegend den kleineren Gemeinden im Rahmen des „Grünen Planes“ vom Bund und Land für Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft gewährt wurden, spielen hier eine gewichtige Rolle.

Die Neuschulden nach Kreditquellen

Schuldart	31. 3. 1953		31. 12. 1960		Zunahme Mill. DM
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	
Schulden aus Kreditmarkt- mitteln	407,0	79,0	1 602,3	76,8	1 195,3
darunter von					
Sparkassen	67,1	13,0	503,8	24,1	436,7
Girozentralen	146,5	28,4	460,9	22,1	314,4
Landeskreditanstalten und sonstigen Kreditinstituten	105,6	20,5	341,9	16,4	236,3
Versicherungen und Bau- sparkassen	64,8	12,6	211,5	10,1	146,7
Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	35,2	6,8	203,0	9,7	167,8
Schulden bei Gebietskörper- schaften	73,0	14,2	282,1	13,5	209,1
Insgesamt	515,2	100	2 087,4	100	1 572,2

Langfristige Verschuldung wird verstärkt

Von den am 31. Dezember 1960 bestehenden Neuschulden haben 1095,5 Mill. DM eine Laufzeit von 10 und mehr Jahren, 144,3 Mill. DM eine von 4 bis 10 Jahren und 62,6 Mill. DM eine Laufzeit von weniger als 4 Jahren. Zusammen mit den Annuitätsdarlehen in Höhe von 784,9 Mill. DM betragen die langfristigen Verbindlichkeiten – vom Zeitpunkt der Aufnahme gerechnet – 90,1 vH der gesamten Neuschulden. Am Ende des Rechnungsjahres 1952 hatte sich dieser Anteil auf 67,9 vH beziffert. Seitdem ist er – abgesehen von einer geringen Abschwächung im Rechnungsjahr 1957 – ständig gestiegen. Die Verstärkung der *langfristigen Verschuldung* ist ein Zeichen für eine günstige Kapitalmarktlage. Auf diese Weise können die finanziellen Belastungen der Investitionen, die vorwiegend durch langfristige Kredite finanziert werden, auf längere Zeiträume verteilt werden. Entsprechend dem Ansteigen der langfristigen Verpflichtungen fallen die Anteile der mittelfristigen und kurzfristigen Darlehen, und zwar die ersteren von 16,9 vH im Rechnungsjahr 1952 auf 6,9 vH am Ende des Jahres 1960, die letzteren von 15,2 vH auf 3,0 vH.

Tilgungsdarlehen mit einer Laufzeit von

	weniger als 4 Jahren	4 bis unter 10 Jahren	10 und mehr Jahren (einschl. Annuitätsdarl.)
31. März 1953	15,2	16,9	67,9
31. März 1956	6,0	13,9	80,1
31. Dezember 1960 ..	3,0	6,9	90,1

Verwendung der Neuschulden

Bei einer Aufteilung der Neuschulden nach Verwendungszwecken ergibt sich, daß etwa ein Drittel der aufgenommenen Darlehen für die wirtschaftlichen Unternehmen und zwei Drittel für Zwecke der Kammereiverwaltungen verwendet worden sind. Dieses Verhältnis hat sich mit nur geringfügigen Schwankungen seit 1952 nicht geändert. Innerhalb der Kammereiverwaltungen sind jedoch bei einigen Aufgabenbereichen größere Veränderungen eingetreten. So stieg zum Beispiel der Anteil der für die öffentlichen Einrichtungen aufgenommenen und verwendeten Darlehen von 10,4 vH im Rechnungsjahr 1952 auf 18,7 vH im Rechnungsjahr 1960. Auch die für den Bau von Straßen und Schulen aufgewendeten Mittel haben im Laufe der Jahre an Bedeutung gewonnen. Dagegen waren die Darlehen für den Wohnungsbau im selben Zeitraum anteilmäßig rückläufig.

Eine entsprechende Aufgliederung der Neuschulden nach Verwendungszwecken für die Stadtkreise, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise zeigt die besonderen Aufgabengebiete, die den genannten Gebietskörperschaften zur Durchführung übertragen sind. Während bei den Landkreisen die Aufwendungen für das Gesundheitswesen (Kreiskrankenhäuser in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern) und das Schulwesen (berufsbildende Schulen in Nord- und Südbaden) überwiegen, werden von den kreisangehörigen Gemeinden die aufgenommenen Fremdmittel verhältnismäßig stark gestreut ausgegeben. Lediglich die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsunternehmen ragen mit jeweils mehr als einem Fünftel etwas heraus. Die Stadtkreise stellen die aufgenommenen Kredite je zur Hälfte den Wirtschaftsunternehmen und den Kammereiverwaltungszweigen zur Verfügung.

Die Verwendung der Neuschulden

Verwendungszweck	Neuschulden						
	31. 3. 1953		31. 12. 1960				
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Anteile bei		
				Stadtkreisen	Ka. Gemeinden	Landkreisen	
				vH			
Wirtschaftliche Unternehmen ...	167,2	32,5	680,0	32,6	50,0	22,7	3,6
Kammereiverwaltg. davon	348,0	67,5	1 407,4	67,4	50,0	77,3	96,4
Öffentliche Einrichtungen ...	53,7	10,4	391,0	18,7	13,8	24,3	0,5
Schulen	67,3	13,1	291,4	14,0	8,3	17,1	24,9
Wohnungswesen	119,3	23,1	248,2	11,9	9,4	14,8	1,7
Straßen	38,9	7,5	196,3	9,4	7,3	11,4	5,5
Gesundheitswesen	36,0	7,0	150,0	7,2	5,5	3,8	52,3
Übrige Verwaltungszweige ...	32,8	6,4	130,5	6,2	5,7	5,9	11,5
Insgesamt ...	515,2	100	2 087,4	100	100	100	100

Zusammenfassend ist über die Entwicklung der kommunalen Verschuldung in Baden-Württemberg von 1952 bis 1960 zu bemerken, daß die Gemeinden (GV) wegen des großen Investitionsbedarfs gezwungen waren, hohe Schuldbeträge aufzunehmen, obwohl ihnen von Jahr zu Jahr höhere allgemeine Deckungsmittel zugeflossen sind. Jedoch zeichnet sich in den letzten Jahren, insbesondere bei den größeren Gemeinden, eine gewisse rückläufige Bewegung in der Schuldenzunahme ab.

Dr. Bruno Lessing

Unser Landbau vor dem Eintritt in die 2. Phase der EWG

Ein Gesamtüberblick über den Landbau des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg wurde erstmals in den Jahrbüchern¹ hauptsächlich auf Grund des Zahlenmaterials für 1952 veröffentlicht. Im Laufe der letzten zehn Jahre vollzogen sich einschneidende Veränderungen und neue stehen, im Hinblick auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die weiter anhaltende Abwanderung aus dem landwirtschaftlichen Beruf bei der fortschreitenden Industrialisierung des Landes Baden-Württemberg, bevor. Bedeutsam sind hier die Wandlungen, die durch Mechanisierung, Aufstockung der Betriebe, Aussiedlung aus den engen Dorflagen, Flurbereinigung, Ausbau des Beratungs- und Kreditwesens, Verminderung des Arbeitskräftepotentials zu verzeichnen sind. Auch im Hinblick auf den Eintritt in die zweite Phase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vermag die Darstellung der sich abzeichnenden Entwicklungslinien, auf Grund von statistischen Unterlagen, manche schwierigen Zusammenhänge zu erhellen, die vielfach zufolge der eigentümlichen Produktionsstruktur der Landwirtschaft bestehen. So ist zum Beispiel die tierische Produktion unseres Landes mit nur ungefähr 40,0 vH an der gesamten landwirtschaftlichen Bruttoproduktion, die pflanzliche Produktion mit etwa 60,0 vH beteiligt, aber die Erlöse aus der tierischen Erzeugung betragen ungefähr 65,0 vH, die aus der pflanzlichen Erzeugung ungefähr 35,0 vH der gesamten Einnahmen der Landwirtschaft. Die Rohstoffe werden hauptsächlich selbst erzeugt und durch die Nutztierhaltung in tierische Veredlungserzeugnisse umgewandelt. Die Zukunft der Landwirtschaft hängt stark von den Preisrelationen ab. Die hiesige Struktur, die Produktionszweige und Verkaufserlöse verdeutlichen die gesamte Problematik der Preisgestaltung für Agrarerzeugnisse. Maßgebliche Agrarpolitiker halten es bei dieser Situation für das günstigste, wenn sich die Getreidepreise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglichst nahe auf das westdeutsche Niveau einspielen, um starke Pro-

duktions- und Preisschwankungen für tierische Veredlungserzeugnisse zu vermeiden. Diese Experten nehmen an, daß ein Getreidepreisniveau etwa in der Höhe der französischen Getreidepreise auch die Erzeugerpreise für tierische Veredlungserzeugnisse zum Schaden unserer Landwirtschaft entsprechend drücken würde. Obwohl die Erlöse aus Getreideverkäufen in unserem Land in den letzten zehn Jahren 10,0 vH kaum erreichten, ist zu bedenken, daß die mittel- und großbäuerlichen Betriebe doch mit höheren Verkaufsquoten rechnen müssen. Das wird auch durch die Betriebsstatistik bestätigt, nach der die Betriebe bis zu 10 ha ungefähr 100 DM, die Betriebe aber von 50 und mehr Hektar ungefähr über viermal soviel, nämlich 450 DM je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche, aus Getreideverkäufen Erlösen. Die großbäuerlichen Betriebe würden sonach als Getreideproduzenten härter betroffen werden als die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Eine lineare Senkung der Erzeugerpreise für tierische Erzeugnisse würde, bei anhaltend hohem Preisniveau für die Betriebsmittel der Landwirtschaft, aber auch unsere klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in Mitleidenschaft ziehen oder ihre Existenz überhaupt in Frage stellen. Bei zu niedrigen Getreidepreisen (Rohstoffen) wird eine Überproduktion von tierischen Veredlungserzeugnissen, bei zu hohen aber eine Überproduktion von Getreide befürchtet.

Die Entwicklung der pflanzlichen Produktion

Im Jahr 1952 lebten in unserem Land auf 35 588 Quadratkilometern etwa 6,64 Mill. Menschen oder 187 je qkm. Heute hat sich infolge des natürlichen Bevölkerungszuwachses und der Zuwanderung die Bevölkerungsdichte auf 216 je qkm erhöht, sie wird im Bundesgebiet nur noch von Nordrhein-Westfalen, Hessen und vom Saarland übertroffen.

Für die Produktion und die Versorgung mit Lebensmitteln aus der heimischen Erzeugung ist nicht die Gesamtfläche, sondern die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche maßgebend.

¹ Jahrbücher für Statistik und Landeskunde Baden-Württemberg, 1. Jg. 1954, Heft 1 (vergriffen) und ebenda, 5. Jg. 1960, Heft 1.